

7. Geschäftsstelle und Finanzierung

Effektive Interessenvertretung auf Landesebene auf ehrenamtlicher Basis ist nur möglich, wenn eine sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht gut ausgestattete Geschäftsstelle die notwendige Unterstützung leistet. Dies hat sich bereits in den vergangenen Jahren gezeigt und wird besonders deutlich, wenn man die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Bundesländern betrachtet. Ohne hauptamtliches Personal könnte nur ein Bruchteil der Arbeit geleistet werden. Vieles wäre gar nicht machbar. Erfolg oder Misserfolg einer Landesvertretung hängen auch entscheidend von den materiellen Voraussetzungen ab.

Das Bemühen um eine ausreichende personelle Basis spielte deshalb auch in den Jahren 2000 bis 2001 eine gewichtige Rolle.

7.1 Personaleinsatz

Zu Ende des Vorberichtszeitraums wurde dargelegt, dass die Geschäftsstelle zwar über 6 $\frac{1}{4}$ Planstellen verfügte, rein faktisch aus Kostengründen nur 5 $\frac{1}{2}$ Stellen besetzt waren.

Diese Situation hatte zu einer teilweise unzumutbaren Arbeitsbelastung der Mitarbeiter/innen geführt. Vieles, was eigentlich zum Aufgabenbereich der Geschäftsstelle gehört, musste von Mitgliedern des Vorstandes oder Mitarbeitern ehrenamtlich erledigt werden.

Dank intensiver Unterstützung des Hessischen Sozialministeriums und des Arbeitsamtes Wiesbaden konnte dann in 2000/2001 zumindest vorübergehend eine Verbesserung der Personalsituation herbeigeführt werden. Mit der Bewilligung von zwei ABM-Stellen ab Dezember 2000, die zunächst für ein Jahr voll finanziert und dann ab Dezember 2001 im Rahmen einer Teilfinanzierung für ein weiteres Jahr weiterbewilligt wurden, wurde der regelmäßig vor und nach den Ausländerbeiratswahlen zusätzlich anfallende Arbeitsanfall zumindest teilweise aufgefangen.

Aufgabenbereiche der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen:

- ◆ Verwaltung und Organisation der Geschäftsstelle
- ◆ Koordinierende Verbandsarbeit
- ◆ Erarbeitung von Vorlagen, Konzeptionen, Stellungnahmen, Eingaben
- ◆ Schriftverkehr
- ◆ Informationsbeschaffung, -sammlung und -weitergabe
- ◆ Koordination bzw. Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Institutionen, Parteien
- ◆ Hilfestellung bei der Wahl und Einrichtung von Ausländerbeiräten
- ◆ Beantworten von Anfragen
- ◆ Bildungsaufgaben
- ◆ Öffentlichkeitsarbeit in Absprache mit dem Vorstand
- ◆ Verwaltung der Haushaltsmittel
- ◆ Rechnungslegung
- ◆ Sekretariatsaufgaben
- ◆ und vieles mehr

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass nach der Einarbeitung der beiden ABM-Kräfte sich die Arbeitssituation in der Geschäftsstelle zumindest im Ansatz verbessert hat. Die Belastung der einzelnen Mitarbeiter hat sich jedoch kaum reduziert, da nunmehr wichtige, bisher aus Arbeitskräftemangel nicht realisierbare Projekte in Angriff genommen werden konnten. Die Einrichtung einer eigenen Internetpräsentation, das häufigere Erscheinen der Zeitschrift „Trommel“ und die Bearbeitung des „Handbuchs für Ausländerbeiräte“ sind dafür einige Beispiele.

Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle 2000/2001

Geschäftsführerin:

Ulrike Foraci (vormals: Okenwa-Elem)

Referentin:

Ulrike Bargon

Koordinator:

Stefan Zelder

(seit 19.3.2001 Elternzeit)

Margaret Haas

(seit 19.3.2001 in Vertretung)

Sachbearbeiterin:

Selma Demirezer

(seit 11.03.2000 Elternzeit)

Tanja Marschall

(seit 15.05.2000 in Vertretung)

Sachbearbeiterin:

Hella Hagemann

Sachbearbeiterin (1/2 Stelle):

Beate Konyen-Reddemann

Sachbearbeiter (ABM):

Hans-Gerd Öfinger

(seit 01.12.2001)

Bürokraft (ABM):

Markus Roie

(seit 01.12.2001)

Bemühen der AGAH wird sein, die nunmehr erreichte personelle Ausstattung auch über die Dauer der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinaus zumindest zu erhalten. Die Erhöhung des Haushaltsansatzes der AGAH auf 370.000,00 Euro in 2002 ist ein ermutigendes Zeichen, dass wir dabei Unterstützung durch die Landespolitik erfahren können. Die gesellschaftlichen Aufgaben der Integration können davon nur profitieren.



Die Mitarbeiter/innen der AGAH:
Stehend von links nach rechts: Hans-Gerd Öfinger, Markus Roie, Ulrike Foraci (vormals Okenwa-Elem), Ulrike Bargon, Stefan Zelder. Sitzend von links nach rechts: Tanja Marschall, Hella Hagemann, Beate Konyen-Reddemann

7.2 Räumlichkeiten

Die Geschäftsstellenräume befinden sich seit 1994 im Kaiser-Friedrich-Ring in Wiesbaden. Dort stehen auf knapp 200 qm 5 Büroräume, 1 Sitzungs-/Aktenraum, 1 Küche/Kopiererraum sowie ein Abstellraum zur Verfügung. Nach der Verstärkung des Mitarbeiterteams durch zwei ABM-Kräfte sind die Räumlichkeiten an die Grenze ihrer Kapazität angekommen. Ein weiteres Problem stellt der ständig zunehmende Aktenbestand dar. Hier ist in den Folgejahren eine Lösung zu finden.

7.3 Finanzierung

Auch in den Jahren 2000 bis 2001 stagnierte der Ansatz des Landes Hessen zur institutionellen Förderung der AGAH in Höhe von 590.000,00 DM. Hinzu kamen Eigenmittel, die im Wesentlichen aus den Mitgliedsbeiträgen der Ausländerbeiräte bestanden.

Mit dem Budget konnten die laufenden Kosten gerade gedeckt werden. Tarifbedingte erhöhte Aufwendungen für Personal, die normalerweise durch den Ansatz nicht mehr gedeckt gewesen wären, konnten ausnahmsweise durch die Schwangerschaft einer Mitarbeiterin und kostengünstige Beschäftigung einer Vertretung ausgeglichen werden.

Es wurde in diesen Jahren erneut deutlich, dass mit mehr als 110 kommunalen Ausländerbeiräten und Aufgaben als Interessenvertretung auf Landesebene, bei gleichbleibenden Zuschüssen, keine ausreichende Arbeit mehr geleistet werden kann. Vorübergehende Unterstützung verschaffte zwar die Beschäftigung der ABM-Kräfte, die jedoch keine Dauerlösung sein können.

In 2001 konzentrierten sich deshalb die Bemühungen auf eine Erhöhung der Zuwendung, um das Fundament der Arbeit der AGAH auch über 2001 hinaus zu sichern. Mit einer Erhöhung des Haushaltsansatzes um 133.657,10 DM auf 370.000,00 Euro in 2002 kam das Land Hessen diesem Anliegen dankenswerterweise nach.